Stadt Frankfurt (Oder)
Stadtverordnetenversammlung

Anfrage

Vorlage-Nr:	**26/AFR/0917**
Status:	öffentlich
Einreicher/-in:	Jorg Scheckel, AfD-Fraktion Frankfurt (Oder)
Datum:	26.10.2026

Erkenntnisse der Stadtverwaltung zu Minderjährigenehen und Zwangsverheiratungen

Beratungsfolge:

Datum	**Gremium**
28.10.2026	Dezernentenberatung
05.11.2026	Stadtverordnetenversammlung

Anfrage:

Durch eine parlamentarische Anfrage der AfD in Baden-Württemberg wurde bekannt, dass beim Regierungspräsidium Tübingen 358 Vorgänge im Zusammenhang mit Kinderehen erfasst wurden. Lediglich acht Ehen wurden gerichtlich aufgehoben. Darunter befand sich auch die Ehe eines erst elfjährigen Mädchens mit einem 17-Jährigen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob auch in der Stadtverwaltung Frankfurt (Oder) vergleichbare Fälle bekannt sind.

Wir fragen den Oberbürgermeister:

1. Sind der Stadtverwaltung, insbesondere dem Jugendamt, Fälle von Minderjährigenehen oder drohenden beziehungsweise erfolgten Zwangsverheiratungen Minderjähriger in Frankfurt (Oder) bekannt? Falls ja, wie viele Fälle wurden in welchen Jahren bekannt?

2. Werden solche Fälle bei der Stadt beziehungsweise dem Jugendamt statistisch erfasst?

3. Gibt es innerhalb der Stadtverwaltung, insbesondere beim Jugendamt und den Beratungsstellen ein geregeltes Verfahren für Hinweise auf Minderjährigenehen oder drohende Zwangsverheiratungen? Welche Stelle koordiniert dieses?

Wir bitten um schriftliche und mündliche Beantwortung.

Anlagen:

1	26-AFR-0917 Antwort (öffentlich)

Diese Anfrage wird:

	direkt beantwortet von	
	schriftlich beantwortet	
	zurückgezogen	

Vorsitzende/r Einreicher/-in